

**Creditreform Würzburg
Bauer & Polyak KG**
Martin-Luther-Str. 2, 97072 Würzburg

Telefon +49 931 30503-21
Telefax +49 931 30503-855
presse@wuerzburg.creditreform.de
www.creditreform.de/wuerzburg

Presseinformation

Wirtschaftslage und Finanzierung im Handwerk 2023/24

Rezession trifft Handwerk schwer

Stimmungslage der Betriebe weiter verschlechtert

Die Rezession in Deutschland hat im Handwerk deutliche Spuren hinterlassen. Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen zur Geschäftslage verringerte sich um 13,7 Zähler auf 48,3 Punkte. Dies markiert das niedrigste Niveau seit mehr als zehn Jahren und stellt gleichzeitig einen der stärksten Einbrüche in den letzten 20 Jahren dar. Nur noch 55,3 Prozent der befragten Betriebe beurteilten ihre Geschäftslage positiv. Vor einem Jahr lag dieser Anteil noch rund 10 Prozentpunkte höher. 7,0 Prozent der Befragten bezeichneten die Geschäftslage als mangelhaft oder ungenügend.

„Die schlechte Wirtschaftslage trifft ausgerechnet die Handwerksbetriebe mit voller Wucht. Kostensteigerun-

gen, politische Unwägbarkeiten und das Ende des Baubooms führten zu einer historischen Verschlechterung der Stimmungslage“, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. Einzig das Kfz-Handwerk habe dem Negativtrend getrotzt und eine Verbesserung der Geschäftslage gemeldet.

Umsatzerwartungen gedämpft

Dem Handwerk droht 2024 ein reales Umsatzminus. In der Umfrage erwarten 27,2 Prozent der befragten Betriebe sinkende Umsätze (Vorjahr: 16,8 Prozent). Höher als jetzt war der Anteil der Pessimisten zuletzt während der Finanzkrise 2009. Nur knapp ein Viertel der Befragten (24,2 Prozent) rechnet im laufenden Jahr mit einem Umsatzplus (Vorjahr: 33,3 Prozent). „Die Betriebe sehen 2024 kein Licht am Ende des Tunnels. Die meisten erwarten Umsatzeinbußen angesichts der schlechten Rahmenbedingungen. Hier muss die Politik wieder Vertrauen und Planbarkeit herstellen“, betont Hantzsch. Sichtbarstes Zeichen der schwachen Konjunkturprognosen ist der Einbruch der Investitionsbereitschaft im Handwerk. Diese ist so gering wie seit 20 Jahren nicht mehr. Lediglich noch 41,5 Prozent der Befragten planen Investitionen.

Hemmnisse für die Unternehmensfinanzierung

Auch die Verschärfung der Finanzierungsbedingungen und gestiegene Zinsen bremsen aktuell die Investitionsneigung. Gut die Hälfte der befragten Betriebe (50,8 Prozent) berichtete von einer Verschlechterung der Fi-

finanzierungskonditionen. Nur wenige Betriebe meldeten eine Lockerung. 13,6 Prozent der Antragsteller wurde der Kreditantrag abgelehnt. Auch das Interesse an Krediten hat unter den aktuellen Rahmenbedingungen nachgelassen. Nur 20,9 Prozent der Betriebe haben in den letzten sechs Monaten ein Darlehen beantragt. Vor der Zinswende (2021) lag dieser Wert noch deutlich höher bei 32,7 Prozent. Vor allem langfristige Kredite wurden aktuell seltener nachgefragt.

Mehr Augenmerk aufs Eigenkapital

Angesichts der Finanzierungsengpässe musste das Handwerk die Eigenkapitalquoten zuletzt verbessern. Der Anteil der Betriebe mit einer niedrigen Eigenkapitalquote (unter 10 Prozent) verringerte sich von 34,1 auf 32,0 Prozent. Aufgrund der positiven Entwicklung liegt dieser Anteil auch unter dem Vor-Corona-Niveau (Ausnahmen: 2016 und 2019). Der Anteil der Betriebe mit einer Eigenkapitalquote von über 30 Prozent stieg gleichzeitig von 22,8 auf 25,9 Prozent. „Die Verschiebung hin zu höheren Eigenkapitalquoten bei vielen Unternehmen ist eine positive Entwicklung. Das deutet auf eine höhere Stabilität und Finanzierungssicherheit hin, aber auch auf große Vorsicht, sich finanziell nicht zu übernehmen“, so Hantzsch. Dass das Handwerk mittlerweile häufiger solide Eigenkapitalquoten aufweist, dürfte auch auf eine erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema – auch bei kleinen Unternehmen – zurückzuführen sein.

Überwiegend Personalabbau

Die Beschäftigung im Handwerk ist in den zurückliegenden Monaten geschrumpft. Das war zuletzt 2009 und 2010 der Fall. Die Einstellungsbereitschaft der Betriebe litt u. a. unter der schlechteren Auftragslage. Fast ein Viertel der Befragten (23,5 Prozent) meldete eine gesunkene Mitarbeiterzahl (Vorjahr: 17,9 Prozent). Gleichzeitig hat etwa jeder fünfte Handwerksbetrieb (19,6 Prozent) das Personal zuletzt aufgestockt. Dennoch bleibt das Handwerk als arbeitsintensiver Sektor in Zukunft auf Fachkräftenachwuchs angewiesen. 20,6 Prozent der Befragten planen zukünftig eine Aufstockung des Personalbestandes. Dieser Wert liegt jedoch etwas niedriger als im Vorjahr (25,2 Prozent). „In den kommenden Jahren werden viele Leistungsträger in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig ist die Zahl der Ausbildungsabschlüsse deutlich niedriger als früher. Die Kapazitäten im Handwerk werden so weiter verknappt“, warnt Creditreform Sprecher Hantzsch.

Anstieg der Insolvenzen setzt sich fort

2023 wurden insgesamt 4.050 Insolvenzen von Handwerksbetrieben registriert – 2022 waren es 3.290 (plus 23,1 Prozent). Die aktuelle Entwicklung der Handwerksinsolvenzen folgt damit dem gesamtwirtschaftlichen Trend. „Die Belastungen der zurückliegenden Jahre seit Beginn der Pandemie haben sich kumuliert und führen seit nunmehr zwei Jahren zu einem Anstieg der Insolvenzen. Viele Betriebe konnten Kostensteigerungen – insbesondere bei Energie und Finanzierungen – nicht mehr ausgleichen. Der schwache Konsum und

Auftragsrückgänge belasteten zusätzlich“, erklärt Patrik-Ludwig Hantzsch.

Bürokratie als Wachstumsbremse

„Das Handwerk fühlt sich durch die Bürokratie nicht nur belastet, sondern immer mehr überlastet. Maßnahmen zum Bürokratieabbau bleiben anscheinend weitgehend wirkungslos“, so Hantzsch. Die Umfrage zeigt, dass die überwiegende Mehrzahl der Handwerksbetriebe (80,3 Prozent) von einer Zunahme der bürokratischen Anforderungen berichtet. Die Fülle staatlicher Auflagen und Pflichten erschwert die Arbeit der Handwerksbetriebe beispielsweise in Form von zeitlichen Einschränkungen, aber auch über finanzielle Auswirkungen wurde berichtet. Die Betriebe haben weniger Zeit für die Auftragsbewältigung (78,7 Prozent). Damit ist die Bürokratie auch ein Grund für längere Wartezeiten für die Kunden (49,2 Prozent). Zudem verteuern sich Leistungen, wenn beispielsweise mehr Arbeitszeit für administrative Prozesse aufgewendet werden muss (51,0 Prozent der Befragten).

(ca. 6.100 Zeichen)

Neuss/München, 29. Februar 2024